



## **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

### **58. Sitzung (öffentlich)**

29. Oktober 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 19:10 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Heinz-Uwe Müller

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

**9**

Der Ausschuss beschließt, TOP 16 als TOP 1 zu behandeln. Des Weiteren beschließt er, TOP 15 auf Wunsch der Piraten von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und ihn in der Sitzung des Ausschusses am 19. November 2014 aufzurufen. - Die Nummerierung der Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

#### **1 Elternassistenz für gehörlose Eltern durch Kostenübernahme für Gebärdendolmetscher**

**10**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1617

Der Antrag der CDU-Fraktion - Drucksache 16/1617 - wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen - bei Befürwortung

durch die Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten -  
abgelehnt.

**2 Gesetz zum Ausbau des Kinderschutzes in Nordrhein-Westfalen -  
Änderung des Heilberufegesetzes (HeilBerG) - 19**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der FDP und  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/4819  
APr 16/566

Der Gesetzentwurf der Oppositionsfraktionen CDU, FDP und Piraten - Drucksache 16/4819 - wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Befürwortung durch die Fraktionen von CDU, FDP und Piraten abgelehnt.

Ministerin Steffens bietet an, eventuell ein rechtliches Gutachten zur angesprochenen Problematik „Rechtssicherheit für Ärztinnen und Ärzte“ in Auftrag zu geben.

**3 Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Schwangerschaftskonfliktgesetz-Ausführungsgesetz - AG SchKG) 24**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/6095  
APr 16/681

Der Ausschuss beschließt einmütig, dass zu dem Antrag Drucksache 16/6095 kein Votum abgegeben wird.

**4 Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen 25**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/2333

Der Ausschuss beschließt auf Antrag der Piratenfraktion einmütig, diesen Punkt auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

**5 Hausärztliche Versorgung in allen Landesteilen sichern 26**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/3232

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/5491

In Verbindung mit:

**Sicherstellung der Ausbildung von Pharmazeutisch-technischen Assistentinnen und Assistenten (PTA)**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/3445  
APr 16/562

Nach Auswertung der Anhörung zum Thema "Hausärzteversorgung" schlägt der Vorsitzende ohne Widerspruch vor, in der Sitzung dieses Ausschusses am 21. Januar 2015 über ein eventuelles Ergebnis bezüglich der Hausärzteversorgung auf Bundesebene zu beraten. In dieser Sitzung wird auch über die entsprechenden Anträge entschieden werden.

Es findet eine Auswertung der Anhörung zum Thema "Sicherstellung der Ausbildung von Pharmazeutisch-technischen Assistentinnen und Assistenten" statt. - Der Vorsitzende schlägt ohne Widerspruch vor, diesen Tagesordnungspunkt in einer der Sitzungen im November 2014 zu einer abschließenden Beratung aufzurufen.

**6 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015) 34**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/6500 und Ergänzung Drucksache 16/6710 sowie  
zweite Ergänzung Drucksache 16/6990

a) Einzelplan 11 - Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales  
Vorlage 16/2175

- b) Einzelplan 15 - Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter  
Vorlage 16/2162

Der Vorsitzende stellt fest, dass sich die Obleuterunde am 2. Oktober 2014 darauf geeinigt hat, dass Fragen bezüglich des Haushalts 2015 im Haushalts- und Finanzausschuss gestellt werden sollen. - Die Schlussberatung wird in der Sitzung dieses Ausschusses am 19. November 2015 erfolgen.

- 7 Entwurf einer Siebten Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten im Arzneimittelwesen und nach dem Medizinproduktegesetz** **35**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/2176

Der Ausschuss nimmt den Entwurf der Verordnung zur Kenntnis und erhebt keine Einwendungen.

- 8 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Durchführung von Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Berufe in der Alten- und Krankenpflege, für Hebammen, Logopäden und Ergotherapeuten** **36**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/2264

Der Ausschuss nimmt den Entwurf der Verordnung zur Kenntnis und erhebt keine Einwendungen.

- 9 Bericht über die Umsetzung von Barrierefreiheit in den Landesministerien** **38**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/2233

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis. - Der Vorsitzende bittet Minister Schneider, im Kabinett noch einmal die Frage anzusprechen, ob die Schwerbehindertenvertreter in allen Ministerien bei Fragen des behindertengerechten Umbaus mit einbezogen werden.

**10 Arbeitsschutz effizient gestalten 41**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/3446  
APr 16/569

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, den Antrag der CDU am 19. November 2014 noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen.

**11 Fachkräfte- und Auszubildendenbedarf in Nordrhein-Westfalen sichern - Ausbildungs- und Jobperspektiven für Jugendliche aus südeuropäischen Ländern schaffen 44**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/3449  
APr 16/570

Der Antrag der FDP - Drucksache 16/3449 - wird gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen - bei Enthaltung der Fraktion der Piraten - abgelehnt.

**12 Aussetzung der Sanktionen im ALG II Bezug 49**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/4162  
APr 16/571

Der Ausschuss ist einvernehmlich damit einverstanden, dass dieser Tagesordnungspunkt auf einer der nächsten Sitzungen dieses Ausschusses erneut aufgerufen wird. - Die Piraten beantragen, über eventuell in der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft erarbeitete Änderungsvorschläge informiert zu werden.

**13 Betreuung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen in NRW verbessern - Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt muss Vorrang vor öffentlich geförderter Beschäftigung haben** **52**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/6681

Die FDP beantragt eine Anhörung zu dem Thema dieses Tagesordnungspunktes.

**14 Freie Berufe in Nordrhein-Westfalen stärken: Europäisches Semester kritisch begleiten** **53**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/6134

Der Ausschuss beschließt, sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk zu dem Thema dieses Tagesordnungspunktes am 26. November 2014 nachrichtlich zu beteiligen.

**15 Mobilität für alle! Sozialticket flächendeckend und zu fairen Konditionen in Nordrhein-Westfalen einführen** **54**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/5277  
APr 16/615

Der Antrag der Piraten - Drucksache 16/5277 - wird gegen die Stimmen der Piraten von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

**16 Verschiedenes** **55**

1. Studie "Prävention von Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen":

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales bei der Gesellschaft für innovative Sozialforschung e. V. in Bremen in Auftrag gegebene Studie von den Autoren - Dr. Ekke-Ulf Ruhstrat und Dr. Volker Busch-Geertsema - in der Sitzung dieses Ausschusses am 19. November 2014 vorgestellt werden soll.

## 2. Teilnahme einer Delegation am 80. Fürsorgetag in Berlin:

Die Teilnahme ist zunächst für alle Ausschussmitglieder offen. Wenn es überbordende Anmeldungen gibt, muss noch einmal über den Verteilerschlüssel gesprochen werden. Die Teilnahme umfasst alle Tage des Fürsorgetages. - Die Anmeldung soll bis Mitte November 2014 an das Ausschusssekretariat erfolgen.

## 3. Beschluss über anstehende Anhörungen:

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/5468: „Bürokratieabbau“: 4. Februar 2015 (Bedarfstermin), Beginn 10 Uhr. Pro Fraktion kann je ein Sachverständiger benannt werden.

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/5288: „Zukunft der Geburtshilfe“: 4. Februar 2015, Beginn 13:30 Uhr. Pro Fraktion kann je ein Sachverständiger benannt werden.

Antrag der Fraktion der Piraten, Drucksache 16/5478: „Cannabis legalisieren - Drogenpolitik neu ausrichten“: 4. Februar 2015, Beginn 15:30 Uhr. Es sollen zehn Sachverständige gehört werden.

## 4. Beschluss über Sachverständige zur Anhörung 26. November 2014 zum „AG-SGB II NRW“:

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich den vom Vorsitzenden für die Anhörung vorgeschlagenen Sachverständigenschlüssel 5:3:2:1:1.

5. Beschluss über die auswärtige Sitzung auf der REHACARE:

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, am 15. Oktober 2015 während der Herbstpause eine auswärtige Sitzung auf der „REHACARE“ durchzuführen. - Die Präsidentin des Landtags wird eingeladen, an dieser Sitzung teilzunehmen.

6. Sonderprogramm „Bildungsscheck“.

Bildungsscheck: Staatssekretär Dr. Wilhelm D. Schäffer begründet den Bewilligungsstopp bis Ende dieses Jahres.

\* \* \*



**3 Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Schwangerschaftskonfliktgesetz-Ausführungsgesetz - AG SchKG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/6095  
APr 16/681

**Vorsitzender Günter Garbrecht** informiert, der Gesetzentwurf sei in der 62. Plenarsitzung am 2. Juli 2014 nach der ersten Lesung einstimmig an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend - federführend -, an den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen worden.

In der Sitzung am 3. September 2014 habe dieser Ausschuss beschlossen, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen. Diese Anhörung habe am 25. September 2014 stattgefunden. Das Ausschussprotokoll 16/681 liege vor. Die Anhörung werde heute ausgewertet. Gleichzeitig sei der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales aufgerufen, ein Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben, der am morgigen Tag eine Beschlussempfehlung für das Plenum erarbeiten werde.

Wenn es kein Diskussionsbedarf in Bezug auf die Anhörung gebe, schlage er vor - da morgen im federführenden Ausschuss noch interfraktionelle Beratung inhaltlicher Art stattfinde -, dass ohne Votum geschoben werde.

Der Ausschuss beschließt einmütig, dass zu dem Antrag Drucksache 16/6095 kein Votum abgegeben wird.

